

Wahlkampfthema Renten

Noch sind es etwa 11 Monate bis zur nächsten Bundestagswahl, doch die Bestimmung der Spitzenkandidaten und die Debatten um die Wahlprogramme haben längst begonnen. Da keine Partei auf die Stimmen der mehr als 20 Millionen Rentner und ca. 1,5 Millionen Pensionäre verzichten kann, gewinnen an die Adresse der älteren Generationen gerichtete Vorschläge, Konzeptionen und Versprechungen zunehmend an Gewicht. Doch ist Misstrauen angebracht. Wir alle wissen mittlerweile, dass Bismarck mit seiner Einschätzung Recht hatte, dass niemals mehr gelogen wird als im Krieg, auf der Jagd und vor Wahlen. Auch die Worte Adenauers: „was stört mich mein Geschwätz von gestern!“ haben so manche Politiker tief verinnerlicht.

Die Zeiten, als sich viele Rentner als Gewinner der Einheit sehen konnten, sind längst vorbei. Seit der Jahrtausendwende haben die Renten im Osten um 22 Prozent die im Westen um 17 Prozent an Kaufkraft verloren. Im gleichen Zeitraum sind die durchschnittlichen Netto-Rentenzahlbeträge im Westen lediglich um 17,- Euro gestiegen, im Osten aber um 23,- Euro gesunken.

Dieser Prozess wird sich durch die anhaltende Inflation, die schrittweise Einführung der Rente mit 67 Jahren und die gesetzlich fixierte Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 50,4 Prozent auf 43 Prozent bis zum Jahre 2030 noch beschleunigen. Allein die „moderate Inflation“ von 2 Prozent führt dazu, dass 1.000 Euro Rente des Jahres 2011 in 20 Jahren nur noch 673,- Euro und in 30 Jahren nur noch 552,- Euro wert sein werden. Die Inflation wird zur Steuer für die Kleinverdiener. Sie trifft die Rentner besonders hart, da sich die Kosten für im Alter unverzichtbare Leistungen überdurchschnittlich erhöhen, z.B. für Medikamente, Pflege, Energie, Mieten u. ä. Bereits heute gehen 62,7 Prozent der Männer und 82,0 Prozent der Frauen im Osten mit Abschlägen in die Rente. Im Westen sind es 40,9 Prozent der Männer und 45,4 Prozent der Frauen. Die realen Renteneinbußen betragen monatlich 93,- Euro bei den Männern und 115,- Euro bei den Frauen im Osten, 111,- Euro bei den Männern und 98,- Euro bei den Frauen im Westen.

Die Gefahr der Altersarmut für große Teile der Bevölkerung, speziell für die Ostdeut-

schen, wächst dramatisch. Seit 1990 sind die Reallöhne gesunken, prekäre Arbeitsverhältnisse, wie befristete Tätigkeiten, Mini-Jobs, Leiharbeit oder Praktika wurden ausgeweitet. Das führt dazu, dass selbst eine lebenslange Arbeit und auch eine private Zusatzversicherung oft nicht mehr ausreichen, um Rentenansprüche über die Grundsicherung zu erwerben.

Die Regierungsparteien und die kapitalhögenden Medien unternehmen alles ihnen Mögliche, um die wahre Lage auf dem Gebiet der Alterssicherung zu verschleiern. Dazu werden die seit Jahren in Deutschland wirksamen Sozialkürzungen als Modell für alle europäischen Staaten und unverzichtbarer Bestandteil der Bewältigung wirtschaftlicher Krisen propagiert. Die Gefahr der Altersarmut wird als ein Problem der ferneren Zukunft behandelt, obwohl die Renten von morgen durch die Löhne von heute bestimmt werden. Völlig ausgeblendet wird, dass sinkenden Reallöhnen seit 1990 Steigerungen der Vermögen der Reichen um etwa 30 Prozent gegenüberstehen. Der Wegfall der realsozialistischen Konkurrenz und die anhaltende Schwäche der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften haben diese weiter zunehmende Verteilungsgerechtigkeit möglich gemacht.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass die der Herrschaft des Kapitals verpflichteten Parteien einen Kurs sozialer Gerechtigkeit einschlagen oder zu grundsätzlichen Korrekturen, z.B. hinsichtlich des von der Bundeskanzlerin gebrochenen Versprechens der baldigen Rentenangleichung Ost an West, bereit sind. Bereits ihre jetzt diskutierten Ideen in Rentenfragen lassen das erkennen. Immer wieder – wenn es nach der FDP geht sogar ausschließlich – soll private Vorsorge das Problem der Altersarmut lösen. Auch die CDU-Ministerin von der Leyen verbündet eine Zuschussrente von 850,- Euro mit einer obligatorischen privaten Vorsorge, zu der Kleinverdiener überhaupt nicht in der Lage sind. Private Vorsorge bedeutet aber nichts anderes, als die Entlassung der so genannten Arbeitgeber aus ihren sozialen Verpflichtungen und zugleich die Bereicherung von Versicherungsgesellschaften. Geraudezu entlarvend ist ein Vorschlag, aus der privaten Vorsorge wenigstens 100,- Euro

auf die Grundsicherung anzurechnen. Wer privat vorgesorgt hat und trotzdem das Niveau der Grundsicherung nicht erreicht, ist also Betrügern auf den Leim gegangen: Die Grundsicherung würde ihm schließlich auch ohne private Vorsorge zustehen.

Nachdem wegen eines „Rechenfehlers“ zunächst davon ausgegangen wurde, dass Rentenerhöhungen im Wahljahr sehr gering ausfallen, ist jetzt vermutlich der Königsweg gefunden, um doch noch etwas Wahlspick zu verteilen. Die mit der Senkung der Rentenbeiträge von 19,6 auf 18,9 Prozent verbundenen geringen Reallohnerhöhungen sollen auf die Renten durchschlagen. In Wirklichkeit ist das eine weitere Entlastung der so genannten Arbeitgeber und ein Griff in die Rücklagen der Rentenversicherung. Über der Inflationsrate liegende Rentenerhöhungen sind trotzdem nicht zu erwarten. Nunmehr wahrscheinlich ist die von den Koalitionsspitzen auf den Weg gebrachte Abschaffung der „Praxisgebühr“, nachdem die gesetzlichen Krankenkassen Guthaben von mehr als 20 Milliarden Euro erwirtschaftet und ihre Leistungen über viele Jahre hinweg ständig reduziert haben.

Mit großer Geschäftigkeit wird über kleinteilige Lösungen diskutiert, z.B. über in Ost und West einheitliche Zahlungen bei pauschalisierten Rentenanteilen für Kindererziehungszeiten, Wehrdienst u. ä., über die Anrechnung von Kindererziehungszeiten vor 1992, über die Milderung der Auswirkungen der Rente mit 67 Jahren für langjährig Beschäftigte oder bestimmte Berufsgruppen usw. usf.

Die Nominierung von Peer Steinbrück als Spitzenkandidat (das Satire-Magazin „Titanic“ meinte von ihm, er sei kein Knecht des Kapitals, sondern nur dessen Hampelmann) verheißt für das soziale Profil der SPD nichts Gutes. Unter dem Druck des linken SPD-Flügels sieht er sich derzeit zwar gezwungen, zu lavieren. Aber was ist von einem Einheitschier der Agenda 2010 wirklich zu erwarten?

Die einzige im Bundestag vertretene Partei, die über ein sozial ausgewogenes, klares Rentenkonzept verfügt, ist die Partei DIE LINKE. Ihre Anträge zur Überwindung der Rentenungleichheiten bei der Rentenüberleitung nach 1990 sind nach wie vor höchst aktuell. Auch im Kampf gegen das Strafrentensystem steht DIE LINKE weiter an unserer Seite. Eben hat sie erneut die stuenweise Rentenangleichung Ost an West bis 2016 zusammen mit acht weiteren Anträgen auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt (Antrag vom 16.10.2012, BT DS 17/109 90 bis 98), verbunden mit der Absicht der namentlichen Abstimmung, was sicher hilfreich für die Wahlentscheidung sein könnte.

Nach 22 Jahren ist es endlich an der Zeit, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und

West herzustellen. Noch immer erhält ein Durchschnittsverdiener im Osten mit 45 Arbeitsjahren 142,- Euro weniger Rente als ein vergleichbarer Rentner im Westen.

Auch andere Rentenforderungen der Partei DIE LINKE sind konkret und konstruktiv:

- Keine Absenkung des Rentenniveaus, sondern Anhebung auf wieder 53 Prozent,
- Ausstieg aus der Rente mit 67,
- Einführung einer solidarischen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, Erhöhung und mittelfristige Abschaffung

der Beitragsbemessungsgrenzen bei Abflachung der Rentenauszahlungen ab einer bestimmten Höhe,

- Solidarische Mindestrente, die sicherstellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat.

Wenn es um Rentenfragen geht, ist die Partei DIE Linke das Original. Sie treibt die anderen Parteien mit ihren Forderungen und entlarvt deren Taktiererei und Heuchelei.

Unser Verein und seine Mitglieder sind gut beraten, wenn sie sich den Forderungen

der Partei DIE LINKE anschließen und diese aktiv unterstützen. Nicht der Einzelne, sondern die organisierte solidarische Gemeinschaft Gleichgesinnter ist in der Lage, berechtigte Anliegen öffentlichkeitswirksam zu artikulieren und den notwendigen Druck zu ihrer Anerkennung und Umsetzung zu entfalten.

Darin begründet sind letztlich Sinn und Ziel unseres Zusammenschlusses in ISOR und unser Herangehen an die Schaffung und Festigung von Bündnissen mit anderen politischen Kräften, Verbänden und Vereinen.

Der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen

Zum Herbst-Treffen der Grenzer

Die Arbeitsgruppe Grenze der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) leistet mit ihren Grenzertreffen eine außerordentlich wichtige Arbeit nicht nur zur gegenseitigen Solidarität und der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls der Grenzer. Die ausdrückliche Einladung an Freunde und Interessenten demonstriert die innere Verbundenheit mit all denen, die sich für eine gesicherte Existenz des ersten deutschen Friedensstaates einsetzen.

Beim diesjährigen Herbsttreffen wurde das augenscheinlich durch den Hauptgast und Referenten, Rainer Rupp, der über die gegenwärtige Strategie der USA unter Einbeziehung der NATO zur Stabilisierung ihrer Weltherrschaftsansprüche und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der militärpolitischen Lage in der Welt sprach.

Durch seine Kundschafterarbeit im Herzen der NATO ist Rainer Rupp wie kaum ein anderer berechtigt, seinen Vortrag vor den mehr als 370 Gästen mit der Feststellung einzuleiten, dass „Grenzer und Aufklärer den Sozialismus gemeinsam geschützt“ haben.

Wer die „junge Welt“ liest, weiß, dass der Referent ein profunder Kenner der imperialistischen Weltwirtschaft ist. Und das zeigte er im ersten Teil seiner Ausführungen sehr umfangreich. Denn militärische Macht baut auf ökonomischer Stärke. Und gerade mit dieser sehe es in der noch „stärksten Volkswirtschaft der Welt“ katastrophal aus. Der Turbo-Kapitalismus, der nach der Niederlage des Sozialismus keine sozialen und menschenrechtlichen Rücksichten mehr zu nehmen brauche, erzeuge keine bedeutenden ökonomischen Ergebnisse mehr, sondern ersetze diese durch die hei-

ße Luft der Finanzblasen. Besonders in den USA treibe dies den Mittelstand ins soziale Elend. Ökonomen in den USA treffen die Aussage, dass der größte Feind der USA nicht der militärische Gegner, sondern das Haushaltsdefizit sei. Und wo es um die wirtschaftliche Basis so bestellt sei, berühre es auch die Durchsetzungskraft in der NATO.

Wer Kriege nach außen führt, tritt auch nach innen aggressiv auf. Deshalb muss die Erinnerung an eine sozial gerechte und auf die Erhaltung des Friedens orientierte Gesellschaft täglich neu diskreditiert und deren Träger kriminalisiert werden. Dabei wetteifern Intensität, Absurdität und Dummheit im Stile des Kalten Krieges mit immer neuen Erfindungen aus des Knaben Gruselkammer.

An der Tagung nahmen auch Gäste von Verbänden ehemaliger Grenzer aus Polen und Tschechien teil.

Auch das Grußwort von Dipl. Ing. Karel Janda, Präsident des „Nationalrats Klub der Tschechischen Grenzgebiete“, beschäftigte sich mit dem Missbrauch des Menschenrechts-Begriffes. Doch der Nebel hebt sich, denn die jüngsten Wahlen in Tschechien haben bedeutende Stimmengewinne der Kommunistischen Partei gebracht, so dass die Sozialdemokratie von ihrem selbst dekretierten Grundsatz der Nicht-Koalition mit den Kommunisten abgerückt ist. Dort wie hier beginnt sich die historische Wahrheit schrittweise Bahn zu brechen.

Dieser mühsame Prozess bewegte auch die Diskussionsredner: „Mehr in die Öffentlichkeit gehen! Intensiver auftreten! Die Lügen entlarven!“ So ist, nach dem Beispiel der populären Publikation „Fragen an das MfS“, ein Kompendium über die Grenztruppen geplant.

Die Zeit dafür und die Notwendigkeit in Zeiten einer beispiellosen politischen Verdummung dieser endlich eine Grenze zu setzen, sind überreif.

Wolfgang Kroschel

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand nahm einen Bericht des Geschäftsführers zur Mitgliederstatistik entgegen. Danach hat sich die Zahl der Mitglieder durch Verstorbene und leider auch Austritte um 394 verringert.

*

In einem Erfahrungsaustausch der Landesbeauftragten wurde eingeschätzt, dass der soziale Zusammenhalt in den TIG von besonderer Bedeutung ist, um der Resignation angesichts sich hinziehender rechtlicher Entscheidungen entgegenzuwirken. Es sollte auch betont werden, dass allgemeine Verbesserungen in Rentenfragen, z.B. eine Rentenangleichung (Ost an West) spürbare positive Auswirkungen für die soziale Lage aller ISOR-Mitglieder mit sich bringen würden. Solche Entscheidungen stehen aktuell auf der Tagesordnung und sind nur in solidarischer Verbundenheit mit anderen Verbänden und den Gewerkschaften durchsetzbar.

*

M. Krumbholz erstattete den Bericht der Revisionskommission. Er bestätigte die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen. Nach den überdurchschnittlichen finanziellen Aufwendungen im Zusammenhang mit den eingereichten Verfassungsbeschwerden haben sich die finanziellen Reserven reduziert. Aus dem Mitgliederrückgang ergeben sich zusätzliche finanzielle Probleme. An die Finanzplanung für 2013 sind strenge Maßstäbe anzulegen, um die Arbeitsfähigkeit mittel- und längerfristig abzusichern.



Aus unseren TIG

Für unsere TIG Erfurt zeigte die Jahresmitgliederversammlung am 20. 9. 2012 das Interesse, noch enger zusammen zu stehen, sich auszutauschen und den Kampf gemeinsam fortzuführen. Wir begrüßten außer unserem ISOR-Vorsitzenden Horst Parton 29 Gäste aus neun benachbarten TIG und Sozialverbänden sowie den Stadtvorsitzenden der Partei „DIE LINKE.“ Mit einer Schweigeminute gedachten wir der 2012 verstorbenen Mitglieder. Im Bericht über die Arbeit des Vorstandes dankte unser Vorsitzender Hartmut Schuchardt allen Gruppenbetreuern und Kassierern für ihre geleistete Arbeit, begrüßte fünf neue Mitglieder und ging ausführlich auf die Schwerpunkte unserer weiteren Arbeit ein. Wir werden uns auch künftig noch stärker in der Öffentlichkeit einbringen und einmischen, den Mitgliederbestand durch die Gewinnung neuer Mitglieder stabil halten, uns gegenseitig unterstützen und alle Mitglieder zum aktiven Mitwirken ermutigen. Den Weg der engen Zusammenarbeit mit unseren benachbarten TIG im Sinne des Erfahrungs- und Informationsaustausches werden wir auch künftig weiter fortführen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der Gedenkstätte Andreasstraße erklärte unser Vorsitzender: „Wir entschuldigen uns bei allen Menschen, die auf Grund freiheitsbeschränkender Gesetze der DDR dort inhaftiert waren, die tatsächlich unter der SED- und Staatsherrschaft gelitten haben.“

Aber es darf auch nicht vergessen werden, dass an diesem Ort neben 22 faschistischen Massenmördern auch zahlreiche andere Gewaltverbrecher, im Kalten Krieg von westlicher Seite zu ihren Taten inspiriert oder angestiftet, inhaftiert waren und ihrer gerechten Bestrafung zugeführt wurden.

In seiner Rede ging Horst Parton auf den Kampf gegen das Rentenstrafrecht ein. Er verwies auf frühere vollmundige Versprechungen der Bundeskanzlerin zur Rentenangleichung und wies nach, dass auch nach der diesjährigen Rentenerhöhung die Schere zwischen Ost- und Westrenten weiter auseinander gegangen ist. Die Rentenpolitik der Bundesregierung ist aber nur ein Teil des allgemeinen Sozialabbaus in Ost und West, der schließlich große Schichten der Bevölkerung trifft. Wir müssen daher unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht als integralen Bestandteil des allgemeinen Kampfes gegen Sozialabbau verstehen und bis zum Erfolg weiterführen. Für zahlreiche Gruppen (z.B. Polizei, Strafvollzug, Zoll) konnten bereits Lösungen erstritten werden.

Nunmehr ist unser Kampf in eine neue Phase

eingetreten. Die Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes ermöglichte es, an Fakten und Zahlen heranzukommen, die die Grundlage für das sozialwissenschaftliche Gutachten von Dr. Miethe und Prof. Dr. Weißbach sowie das verfassungsrechtliche Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten bildeten, mit denen neue rechtserhebliche Tatsachen belegt werden. Aber, so betonte Horst Parton, wir brauchen Geduld und langen Atem. So werden mehrere Monate vergehen, bis die Erste Kammer des BVerfG über die Annahme unserer zwei Verfassungsbeschwerden entscheidet, und bei positivem Entscheid dauert es sicher nochmals zwei Jahre, bis in der Sache entschieden wird.

Als Horst Parton erklärte, dass wir von Politikern wenig zu erwarten haben und daher eine breite Öffentlichkeitsarbeit notwendig ist, erhielt er einmütigen Beifall der Teilnehmer.

In seiner anschließenden Grußansprache ging der Stadtvorsitzende der Partei „DIE LINKE“, Dr. Steffen Kachel, auf die Bemühungen seiner Partei zur Aufklärung des NSU-Skandals ein und erläuterte Schwerpunkte der Partei zur Verbesserung der Sozial- und Bildungspolitik in Thüringen.

Dietrich Reichardt

*
Am 26.9.12 hatten wir zu einer von unserer Wismarer Initiativgruppe und dem örtlichen Rotfuchsverein organisierten öffentlichen Veranstaltung unseres Vorsitzenden eingeladen. Horst Parton sprach vor den überwiegend selbst vom Rentenunrecht Betroffenen zu aktuellen Problemen bei der Herstellung von Rentengerechtigkeit im Beitrittsgebiet. In seinen Ausführungen rekapitulierte er die enormen Anstrengungen, die ISOR im Verlauf der letzten 20 Jahre unternommen hat, um dem Gesetzgeber Korrekturen der ideologisch motivierten Ungerechtigkeiten im Zuge der Überleitung des Rentenrechts abzuringen. Er erläuterte auch den Stand der dem BVerfG vorliegenden Verfahren, mit denen die Beseitigung des Rentenstrafrechts für Mfs-Angehörige erreicht werden soll und äußerte sich in diesem Zusammenhang zuversichtlich, dass die darin vorgelegten neuen rechtserheblichen Fakten von den Richtern nicht negiert werden. Neben den speziell von ISOR verfolgten Problemen müsse aber auch von unseren Mitgliedern das Ringen um die Angleichung der Rentenwerte Ost an West für alle ehemaligen DDR-Bürger unterstützt werden. Im beginnenden Bundestagswahlkampf sollte thematisiert werden, dass die aktuelle Bundesregierung ihr dazu verkündetes Wahlversprechen unter fadenscheinigen Begründungen gebrochen hat.

Am Ende der Veranstaltung zeichnete Horst Parton den Vorsitzenden unserer TIG, Frieder Rosada, für seine langjährige und mit großem persönlichen Einsatz getragene Arbeit unter großem Beifall mit einer Ehrenurkunde aus.

Lutz Tannhäuser

*
Der Vorstand der TIG Köpenick hatte alle Basisgruppenleiter und ehemalige Angehörige der Deutschen Volkspolizei und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug zu einer Buchbesprechung eingeladen.

Generalleutnant a. D. Karl-Heinz Schmalfuß, stellte sein Buch „Meine Wege nach Moskau“ vor. Er schilderte seine Erlebnisse während der Ausbildung an einer sowjetischen Militärakademie, seine Kontakte mit Beratern der sowjetischen Sicherheitsorgane und mit Vertretern der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.

Neben der Rolle der KPdSU beim Aufbau einer neuen Gesellschaft standen auch Fragen des Personenkultes um Stalin zur Diskussion. Anhand eines Briefes des deutschen Kommunisten Hugo Eberlein wies Genosse Schmalfuß auch auf die Schicksale deutscher Kommunisten hin, die unter fadenscheinigen Anklagen zu „Volksfeinden“ erklärt, verurteilt und erschossen wurden. Opfer dieser Aktionen waren auch Partefunktionäre und eine Vielzahl von Kommandeuren der Roten Armee.

Die angeregte Diskussion berührte die Ursachen des Scheiterns des sowjetischen Sozialismusmodells. War nun die Große Sozialistische Oktoberrevolution zu früh begonnen worden oder ist die These von Karl Marx, dass der Weg zum Sozialismus nur in den entwickelten Industrieländern möglich ist, entscheidend? Als wichtige Seite für das Zerbrechen der UdSSR sah der Autor auch die ungelösten Fragen der Nationalitätenpolitik der KPdSU. Selbst im heutigen Russland spielt die Vielfalt der verschiedenen Völkerschaften noch eine große Rolle. Genosse Schmalfuß vertrat die Auffassung, dass uns das Scheitern dieses Versuchs nicht davon abhalten darf, nach Wegen zu einer gerechteren Welt zu suchen. Er erklärte mit Stolz, dass er an dieser historischen Umwälzung mitwirken konnte.

Der Verfasser signierte unter anderem zehn seiner Bücher, mit denen der TIG-Vorstand sich bei aktiven und spendenfreudigen Mitgliedern besonders bedankte. Das Buch „Meine Wege nach Moskau“ ist lesenswert und kann bei der Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft unter der ISBN 978-3-86933-053-2 erworben werden. **Horst Pöhl und Hartwig Müller**

*
Unsere TIG Suhl / Meiningen / Ilmenau führte am 6.10.2012 eine Mitgliederversammlung durch, zu der wir den Stellv. Vorsitzenden der ISOR Prof. Dr. Horst Bischoff eingeladen hatten.

Gäste waren die Vorsitzenden der Nachbar TIG Sonneberg und Hildburghausen.

Der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe der Suhler Vereine und Verbände richtete Grußworte an unsere Mitglieder, in denen es u.a. heißt:

„Ich möchte euch versichern, dass wir im Kampf um eure Rentengerechtigkeit an eurer Seite stehen und euch in euren Forderungen und Aktivitäten stets voll unterstützen werden. Wir bezeugen euch uneingeschränkte Solidarität und kein Nachlassen und Zurückweichen bei diesem Teil der sozialen Menschenrechte“. Grüße des Vorsitzenden des Stadtverbandes Suhl der Partei DIE LINKE und Mitglieder des Stadtvorstandes waren verbunden mit der Zusicherung der vollen Unterstützung im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

In seinen einleitenden Ausführungen betonte der Vorsitzende der TIG, es sei eine Schande, dass wir es in Deutschland 22 Jahre nach der Einheit immer noch mit unterschiedlichen Altersbezügen in Ost und West zu tun haben. Entgegen den Festlegungen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP wird auch in der jetzigen Wahlperiode eine Renten – Einheit ausgeschlossen.

Nach wie vor wird die Rentenversicherung als politisches Mittel zur „Abrechnung mit ehemaligen Funktionsträgern der DDR, vor allem mit den Angehörigen des MfS/AfNS in Form des Rentenstrafrechts missbraucht“.

Von den politischen Mehrheiten im Bundestag ist eine Gesetzesänderung zur Beendigung des Rentenstrafrechts nicht zu erwarten.

Es ist und bleibt eine eklatante Menschenrechtsverletzung in diesem Land. Unsere einzige Chance für eine Veränderung ist die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Prof. Dr. Bischoff erläuterte in seinen Ausführungen zum aktuellen Stand unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht nach Einreichung der Verfassungsklage das weitere juristische Vorgehen.

Die Kläger werden durch die Rechtsanwälte Bleiberg und Dr. Helmers vertreten.

Bestandteil des Vorgehens sind die beiden bekannten Gutachten zur Einkommensentwicklung und zum Verfassungsrecht, die zugleich „neue rechtserhebliche Tatsachen“ für die erneute Klage begründen.

Er hob hervor, dass unser juristisches Vorgehen auch im Zusammenhang mit wichtigen politischen Initiativen steht, so mit unserer Petition mit über 70.000 Unterschriften an den Bundestag, mit Anträgen und Anfragen der Partei DIE LINKE an den Bundestag und die Bundesregierung zur Rentengerechtigkeit im Osten wie auch die „abschließenden Bemerkungen“ des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO zum Staatenbericht der BRD, in

dem wirksame Maßnahmen gefordert werden, um weitere Diskriminierungen in Höhe und Leistung der sozialen Sicherheit zu beseitigen.

Prof. Bischoff machte auch deutlich, dass noch niemand mit Sicherheit sagen kann, wie unsere Klage ausgeht und in welchem Zeitraum Ergebnisse zu erwarten sind.

Er nahm auch Stellung zur Haltung von ISOR zur Partei DIE LINKE. Diese Partei ist die einzige politische Kraft im Parlament, die für Rentengerechtigkeit und damit auch gegen das Rentenstrafrecht eintritt.

Die Ausführungen und die im Umfeld der Versammlung geführten Diskussionen und Gespräche machten deutlich, dass unsere Mitglieder den begonnenen Weg auch bis zum Ende gehen werden.

Gerhard Neupert

*

Am 3. Oktober trafen sich die Mitglieder der TIG **Schwerin** zu einer Mitgliederversammlung. Aber es war keine Feierstunde zum „Tag der Deutschen Einheit“. Welchen Grund zum Feiern sollten die meisten Anwesenden auch haben? Werden sie doch weiterhin mit Rentenstrafrecht diskriminiert, sozial benachteiligt, gesellschaftlich und politisch ausgegrenzt. Aus diesen und weiteren Gründen fällt es den Betroffenen schwer, im vereinten Deutschland anzukommen.

Zu Beginn wurden die TIG-Vorsitzenden Helmut Naß, Boizenburg, und Klaus Neumann, Grevesmühlen/Schönberg, für ihr Wirken im Sinne von ISOR vom Vorstandsmitglied und Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern, Siegfried Felgner, mit der Ehrenurkunde unseres Vereins gewürdigt.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden die Ausführungen von Rainer Rupp. Dabei ging es nicht um Details seiner erfolgreichen Kundschaftertätigkeit im NATO-Hauptquartier in Brüssel, sondern um die gegenwärtige ökonomische und militärische Lage der USA und die Situation innerhalb der NATO. Faktenreich und präzise wies Rupp nach, dass die USA ihren politischen, ökonomischen und militärischen Zenit als Weltmacht Nummer Eins überschritten haben. Unübersehbare wirtschaftliche und finanzpolitische Probleme haben die USA bereits soweit ins Schlingern gebracht, dass von einer alleinigen Weltmachtstellung keine Rede mehr sein kann. Ihr Einfluss insbesondere im arabischen, asiatischen und pazifischen Raum bröckelt. Erschwerend für das Weiße Haus erweist sich die zunehmende und auf solider Basis beruhende Zusammenarbeit zwischen Russland und China. Wenn man z. B. bedenkt, dass China eine in der Welt einzige landgestützte Rakete zur Vernichtung von Flugzeugträgern (1000 km Reichweite, äußerst kurze Vorwarnzeit) einsatzbereit hat, wird die bisherige Schlagkraft der US-Trägerflotte in weiten Teilen der Meere neutralisiert.

Wer die NATO als homogenen Körper sieht, irrt. Unstimmigkeiten über strategische Ausrichtungen und in Detailfragen zwischen den USA und den europäischen Verbündeten nehmen sichtbar zu. So war es interessant zu erfahren, dass die europäischen NATO-Staaten in der Vergangenheit und auch jetzt nicht den USA folgen würden, wenn diese gegen Russland, China oder einen anderen Staat einen so genannten atomaren Präventivschlag erwägen bzw. auslösen würden. Nur im Falle einer zugesetzten internationalen Krise wäre noch ein einheitliches militärisches Handeln der NATO denkbar.

In der anschließenden Diskussion war es mir ein Bedürfnis, vor meiner Frage zu einer konkreten zugesetzten militärischen Situation im Spätsommer 1983 zwischen Warschauer Vertrag und NATO unserem Gast meine Anerkennung, Hochachtung und tiefen Dank für seine langjährige und sehr erfolgreiche Arbeit an der unsichtbaren Front in der Höhle des Löwen zu sagen. Sein Beitrag zur Friedenssicherung in Europa und der Welt kann nicht hoch genug geschätzt werden. Der Beifall der Anwesenden bestätigte die Richtigkeit meiner Worte. Alle Versammlungsteilnehmer waren sich darin einig, dass sie den 3. Oktober nicht hätten sinnvoller begehen können, als in ihrer Mitte einen bescheidenen, sympathischen und wahren Helden des 20. Jahrhunderts als Guest gehabt zu haben.

Dieter Dethloff

Aus der Postmappe

Die von W. Schmidt betreute Internetseite www.mfs-insider.de ruft das Jahr 1952 in Erinnerung. Der Kalte Krieg in Europa war in Korea heiß gelaufen. Auch die junge DDR sollte erdoselt werden. Dieses Ziel hatte die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (schon damals liebte man die demagogische Umkehrung von Begriffen). Zu ihr gehörte Johannes Burianek. Er war schon mit Sprengstoff unterwegs, um eine Eisenbahnbrücke zu sprengen, während ein Expresszug darüber fährt. Das hieß schon damals „Terrorismus“. Der Anschlag wurde durch seine Festnahme verhindert. Das Oberste Gericht der DDR verurteilte ihn zum Tode. W. Schmidt nennt den 2005 vom Landgericht Berlin Rehabilitierten „Terrorist“ und „Bandit“. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hielt derartige Bezeichnungen für eine „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ und belegte ihn mit einer Geldstrafe von 1200 Euro. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und W. Schmidt hat dazu eine Erklärung auf o.g. Internetseite verfasst.

„Natürlich“ war der Prozess gegen ihn nicht politisch. Wo gibt's denn so was.

W. Kroschel

Zwischenruf

In die Breite will sie gehen und Andere sollen sich anlehnen können, weil „ein breites Spektrum von Fähigkeiten vorgehalten werden sollte“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie meinte nicht sich, sondern sprach auf einer Friedenstagung der Bundeswehr in Strausberg. Nicht mehr die Arbeitsteilung beim „Frieden schaffen ohne Waffen“ (Entschuldigung, das war aus einem musealen Zitatenschatz seelsorgerischer Ausflüsse) sondern die „Anlehnungspartnerschaft“ ist befohlen. Beim Export von Friedenssicherungsgütern ist ein Anlehnen nicht mehr möglich, denn da ist die Bundesrepublik ihren Partnern schon davongefahren und hat einen Bomben-Platz an der Weltspitze.

Vor 70 Jahren, als sich die faschistische Wehrmacht bei Stalingrad ihrer größten Niederlage entgegenkämpfte, hatten sich auch Armeen Rumäniens, Ungarns und Italiens angelehnt. Es ist nicht bekannt, dass es den Anlehnnern besser als den in die Breite gegangenen, vom Größenwahn Befallenen und daran Gefallenen, gegangen wäre.

w.k.

Lesenswert

Dr. Manfred Strutz

Ruki werch!

Hände hoch – gefangen
Lebenserinnerungen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft
Eigenverlag des Verfassers, Berlin 2011 Preis 15,– Euro (zzgl. Versandkosten) Bezug über den Autor
Tel. 030/6363243
E-Mail: manire@gmx.de

Der Autor kommt mit 17 Jahren Ende 1944 zur Wehrmacht. Wenige Wochen später gerät er in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Doch hinter dem Stacheldraht warten nicht nur Hunger und Verzweiflung auf ihn, sondern auch überraschende Entdeckungen. Liebe zum russischen Volk und lernt Antifaschisten kennen, die ihm geistig neue Horizonte eröffnen. Als er nach vier Jahren in die Heimat zurückkehrt, öffnet sich für ihn die Tür in ein neues sinnvolles Leben. Er wird Volkspolizist und diese Laufbahn endet nach 42jähriger Dienstzeit Ende Mai 1990.

Der Autor erzählt seine Erinnerungen in einer klaren, sachlichen Sprache. Es ist ein Zeitdokument für kommende Generationen entstanden.

Lore Krüger

Quer durch die Welt

Das Lebensbild einer verfolgten Jüdin (Schkeuditzer Buchverlag 2012)
155 Seiten, 14,– Euro
ISBN 978 – 3 – 935530 – 96 - 5

Die Herausgabe dieser ursprünglich der eigenen Familie und besonders den Enkeln gewidmeten Publikation wurde dankenswerter Weise durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin gefördert. Bewegend die bescheidene und völlig unheroische Selbstdarstellung des Lebensweges einer deutschen Antifaschistin des Jahrgangs 1914 im Exil durch die Hauptländer Westeuropas und die USA, immer zugleich auch rassistisch verfolgt und politisch aktiv engagiert im Widerstandskampf gegen den Faschismus, auch in den jeweiligen Ländern der Emigration

(Großbritannien, Frankreich, Spanien). Einfühlbar, dass ihr die Rückkehr in das ehemalige Nazi-deutschland schwer fiel, wie das ihre Kinder im Vorwort bemerken. Sie tat es dennoch an der Seite ihres Mannes und vieler bekannter Emigranten, um ein neues Deutschland aufzubauen zu helfen,

engagiert in der DDR. Das Buch kann Kinder- und Enkelgenerationen helfen, die Kompliziertheit vergangener Kämpfe der Völker gegen Faschismus und Rassismus und das Denken ihrer Repräsentanten besser oder überhaupt zu verstehen und sie für aktuelle Auseinandersetzungen in unserer Zeit zu sensibilisieren, wenn sie denn im Einzelfall Lehren entgegenzunehmen und sich anzueignen bereit sind.

Der Familie ist zu danken, dass sie diese ursprünglich nur ihr gewidmeten Texte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen bereit war.

H.B.

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf. ****FeWo für 2 Personen in **Sellin/Rügen** in ruhig. Lage, 250 m zum Südstrand. Parken am Haus; NR; keine Haustiere.

Tel. 038303 86789; Fax #98500;
mob. 015209805529; www.achsniick.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 31.10.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.11.2012
Einstellung im Internet: 07.12.2012
Auslieferung: 13.12.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt
Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 16 - Geschäftsführer
29 78 43 17 - AG Finanzen
Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 –10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.deRedaktion: Isor-Redaktion@t-online.deInternet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie
nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)
auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Weitergeben



Mitglieder gewinnen!



Weitergeben